



BBU-Pressemitteilung 04.12.2013

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Niedersächsisches Umweltministerium schließt Bürgerinitiativen vom Dialog-Prozess zu Fracking aus – BBU kritisiert Gespräche hinter verschlossenen Türen

(Bonn, Hannover, 04.12.2013) Der BBU fordert das niedersächsische Umweltministerium auf, seine neue Linie beim Fachgespräch „Fracking – Umweltverträglichkeitsstudie“ zu revidieren und zu einem transparenten und dialogorientierten Verfahren zurückzukehren. Das Ministerium hatte nach nur zwei Sitzungen des Fachgesprächs sein bisheriges Vorgehen geändert. Statt strittige Punkte zwischen den beteiligten Kreisen wie Bürgerinitiativen und Industrie weiter erörtern zu lassen, setzt das Ministerium nun auf einen intransparenten Behördenkreis. Dessen Ergebnisse werden wesentliche Vorabfestlegungen zu den Kriterien einer Umweltverträglichkeitsstudie enthalten, ohne dass die Bürgerinitiativen hierauf Einfluss nehmen können. Das erste Treffen der behördeninternen Arbeitsgruppe findet nach Informationen des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 5.12.2013 in den Räumlichkeiten des in der Kritik stehenden niedersächsischen Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) statt.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU hat am Fachgespräch „Fracking – Umweltverträglichkeitsstudie“ teilgenommen. Er erklärt: „In den ersten beiden Sitzungen haben die Bürgerinitiativen mit viel Sachkompetenz und Detailwissen die Aussagen der Gasindustrie widerlegen können. Bei einer im Auftrag des Wirtschaftsverbands Erdöl- und Erdgasgewinnung erstellten Gliederung einer Umweltverträglichkeitsstudie konnten bereits bei einer ersten Durchsicht zahlreiche Defizite identifiziert werden. Scharfe Kritik musste sich die Gasindustrie auch wegen ihrer Pläne gefallen lassen, unkonventionelle Erdgaslagerstätten, d.h. Tightly-Lagerstätten, in

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmwRG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

konventionelle Vorkommen umzudefinieren. So will man offensichtlich der öffentlichen Debatte entgehen.“

Das konsequente Vorgehen der Initiativen ist beim niedersächsischen Umweltministerium anscheinend auf erheblichen Unmut gestoßen. So schließt es sich in einem Schreiben vom 4.11.2013 der neuen Begriffsbildung der Gasindustrie an und legt seine Fracking-Ziele offen. Es heißt wörtlich: „Der Landesregierung ist jedoch daran gelegen, die Nutzung erschlossener Erdgasvorkommen (Tightgas) und die damit verbundene konventionelle Erdgasproduktion aufrecht zu erhalten, was ggf. auch den weiteren Einsatz der Frac-Technologie erfordert.“ In einer weiteren Passage des Schreibens wird dargelegt, dass wesentliche inhaltliche Arbeiten und Erörterungen in einem „kleinen Kreis von Behördenvertreten“, einer „Behörden-AG“, erfolgen sollen. Damit wird die Arbeit des Fachgesprächs ausgehebelt.

Kein Argument kann für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz sein, dass auch die Industrie nicht in der „Behörden-AG“ vertreten ist. Denn es ist davon auszugehen, dass das LBEG eine wesentliche Rolle in diesem Kreis spielen wird. Dieser Behörde wirft die Bürgerinitiativbewegung bereits länger vor, einseitig die Interessen der Industrie zu vertreten.

Daher ist für Oliver Kalusch klar: „Bei der Vorgehensweise des Niedersächsischen Umweltministeriums werden die Industrieinteressen gut vertreten sein. Verlierer sind die Bürgerinitiativen, fortschrittliche Verbände, die Betroffenen vor Ort und die Umwelt. Wir fordern daher das Umweltministerium auf, die Gespräche hinter verschlossenen Türen sofort zu beenden.“

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung und für umweltfreundliche Energiequellen.